

Gutachten im Auftrag des MARCHIVUM zur Namensgebung der Andrew-Jackson-Straße in Mannheim-Käfertal

Prof. Dr. Philipp Gassert (Historisches Institut der Universität Mannheim)

Zusammenfassung und Empfehlung

Am 11. Februar 2021 wurde seitens des MARCHIVUM – Mannheims Archiv, Haus der Stadtgeschichte – der Auftrag erteilt, die Namensgebung der Andrew-Jackson-Straße im Mannheimer Stadtteil Käfertal im Bereich des ehemaligen Benjamin Franklin Village aus geschichtswissenschaftlicher Sicht auf ihre Erinnerungswürdigkeit zu überprüfen. In Mannheim werden voraussichtlich die nach den Exponenten des deutschen Kolonialismus und Imperialismus Sven Hedin, Theodor Leutwein, Adolf Lüderitz, Gustav Nachtigal und Carl Peters benannten Straßen umgetauft, da diese Personen für die Geschichte von Rassismus, Gewalt, Genozid und Kolonialismus stehen. Indes erfolgten die ursprünglichen Straßenbenennungen in den 1930er Jahren während des „Dritten Reichs“ im Geiste der nationalsozialistischen Kolonialpropaganda, des NS-Kolonialrevisionismus und des deutschen Strebens nach Weltherrschaft. Sie sind somit als genuiner Teil des nationalsozialistischen Weltanschauungsprogramms und einer völkischen Ideologie und Propaganda zu werten.¹

Im Fall von Jackson war der Kontext der Benennung ein völlig anderer. Er wurde als US-Präsident und Gründervater der heutigen Demokratischen Partei nicht von der Stadt Mannheim geehrt. Vielmehr ging die Benennung auf eine Entscheidung der US-Besatzungsmacht Anfang der 1950er Jahre zurück.² Nach der Rückgabe der ehemaligen amerikanischen Kasernengelände und Wohngebiete an die Bundesrepublik Deutschland wurden die Straßennamen in eingedeutschter Form als Zeichen der Erinnerung an die ehemalige US-Präsenz erhalten.³ Ein direkter Bezug zur deutschen Geschichte, zum deutschen Kolonialismus, deutschen Imperialismus sowie zum NS-

¹ Gutachten des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte, Dr. Bernhard Gißibl und Prof. Dr. Johannes Paulmann, 17. März 2020, <https://www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/dialoge/strassennamen-rheinau-sued#href=%2Fdialog%2Finformationen%2Fwelche-strassennamen-sind-kritisch&container=%23main-content>.

² Am 3. Juni 1954 stimmt der Stadtrat „der Benennung der im Siedlungsgebiet der Besatzungsmacht östlich Käfertal entstandenen und noch entstehenden Straßen mit den Namen früherer amerikanischer Präsidenten zu“, in: MARCHIVUM Ratsprotokolle, Zug. 1/1900, Ratsprotokolle 1954, S. 130.

³ Beschlussvorlage Nr. V483/2016, zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 22. November 2016.

Unrechtsstaat und seinen Verbrechen bestand daher nicht. Vielmehr steht Jackson wie auch die Namen der anderen im Taufbezirk gewürdigten US-Präsidenten und Gründerväter (Franklin, Jefferson, Lincoln, Monroe, Washington) für das deutsch-amerikanische Bündnis im Kalten Krieg sowie die deutsche Nachkriegsdemokratisierung, die in ihren Anfängen nach 1945 amerikanischen Einflüssen außerordentlich viel verdankte.⁴

Trotz des demokratischen, transatlantischen, antitotalitären Entstehungskontexts der „amerikanischen“ Straßennamen auf Franklin würde ich bei konsequenter Anwendung der in Mannheim-Rheinau angelegten Kriterien eine Umbenennung auch der Andrew-Jackson-Straße empfehlen. Jackson war eine wichtige, aber auch kontroverse und schillernde Gründerfigur der US-Demokratie. Er stand für die Ausweitung des (weißen) Männerwahlrechts in den 1830er Jahren und damit die erstmalige Ausbildung eines demokratischen Gemeinwesens in einem großen Flächenstaat – jenseits von Stadtrepubliken, wie es sie schon seit der Antike gab. Er wird bis heute in den USA durch zahlreiche Denkmäler, Ortsnamen und Platzbenennungen geehrt. Zugleich ist seine Präsidentschaft (1829-1837) untrennbar mit der Vertreibung der „fünf zivilisierten Stämme“ aus den Südstaaten der USA verbunden („Indian Removal Act“ 1830). Diese ethnische Säuberung der Südstaaten war ein Zentralprojekt seiner Präsidentschaft. Er glaubte, dass die Ureinwohner nur dann eine Zukunft haben könnten, sofern sie in Reservate am Rande der US-Gesellschaft umgesiedelt würden und verstand seine Politik insofern als „humanitär“. Die von Jackson mitverantworteten, schon damals politisch umstrittenen und in Teilen illegalen Maßnahmen hatten katastrophale Folgen. Auf „Todesmärschen“ nach Westen kamen zahlreiche amerikanische Indianer ums Leben.⁵

⁴ Vgl. Hermann-Josef Rupieper, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Opladen 1993.

⁵ Anmerkung zur Terminologie: Der Begriff „Indianer“ stammt ursprünglich von Kolumbus, der bekanntlich glaubte, in Indien angekommen zu sein. Das Wort war somit Teil der europäischen Kolonisierung des amerikanischen Doppelkontinents und zwang eine diverse Population unter europäische Begriffe. In den USA war daher seit den 1990er Jahren „Native Americans“ gängiger, was jedoch eine Abgrenzung von anderen, ebenfalls „gebürtigen“ Amerikanerinnen erschwerte. Viele bevorzugten „Indigenous“ (Indigene/Ureinwohner), während sich andere inzwischen affirmativ als „American Indian“ bezeichnen. Das offizielle Museum der USA in der Hauptstadt Washington heißt „National Museum of the American Indian“, <https://americanindian.si.edu/about/from-the-director>; der ehemalige Direktor des Museums, ein Mitglied des Volks der Pawnee, hält „Native Americans“ und „Indianer“ für gleichermaßen akzeptabel, vgl. das Interview mit Kevin Gower in der Washington Post, 23. November 2016, https://www.washingtonpost.com/lifestyle/magazine/the-head-of-national-museum-of-the-american-indian-on-what-we-should-all-know/2016/11/21/746c9c22-a109-11e6-a44d-cc2898cfab06_story.html (letzter Abfruf 30.04.21); siehe auch Heike Bungert, Die Indianer. Geschichte der indigenen Nationen der USA, München 2020, S. 9; daher wird hier synonym von „Indianern“ und „Indigenen“ gesprochen, bzw. „Euroamerikanern“ für weiße Amerikanerinnen.

Sollte die Stadt Mannheim aufgrund der besonderen Vorgeschichte der Benennung, die, wie gesagt Teil der demokratischen Gründungskontexts der Bundesrepublik Deutschland ist, eine Erläuterung durch Zusatzschilder präferieren, wäre im Falle Jacksons zu einer ausführlichen, ggf. auch webbasierten Erläuterung zu raten. Jackson gilt unter einem Teil der überlebenden Nachkommen der damals Vertriebenen sowie auch der heutigen indigenen Bevölkerung der USA als „Indian Killer“ und Symbolfigur einer „teuflischen Politik“ der Vertreibung und Marginalisierung der nordamerikanischen Ureinwohner.⁶ Die problematischen Aspekte seiner Biographie gehen über das Normalmaß der historischen Belastung eines Mitglieds der politischen und ökonomischen Elite der damaligen Südstaaten hinaus. Die im Taufbezirk ebenfalls geehrten Washington, Jefferson und Monroe waren, wie Jackson, selbstverständlich Sklavenhalter. Doch bei ihnen dürften die Verdienste um die moderne demokratische bzw. republikanische Ordnung wie auch die erstmalige Kodifizierung von Grundrechten in einer geschriebenen Verfassung überwiegen.

Kriterien: Verändertes Geschichtsbild, Vielfalt, Antirassismus

Eine Benennung einer Straße nach einer Person „dient der Ehrung oder Erinnerung von um das Gemeinwohl besonders verdienter Persönlichkeiten“ (Frankfurt am Main), der Würdigung des Einsatzes „für das Gemeinwohl, für Demokratie und Rechtsstaat“ wie auch „besondere Leistungen in Wissenschaft, Sport, Musik, Kunst, Literatur etc.“ (Ulm).⁷ Sie soll „moralisch-ethische Orientierung liefern“, so das Gutachten des Instituts für Europäische Geschichte Mainz zur Umbenennung der nach deutschen „Kolonialpionieren“ in Mannheim-Rheinau.⁸ Da eine Umbenennung mit erheblichen Kosten für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner sowie die ortsansässigen Unternehmen verbunden ist, ist eine genaue Prüfung und Abwägung zwingend. Als Abwägungskriterium wurde seitens des MARCHIVUM dem Gutachter die Frage an die Hand gegeben, zu prüfen, „ob der zu ehrende Aspekt den negativen nicht aufwiegen kann“. Der Deutsche

⁶ „Andrew Jackson was called ‚Indian Killer‘. Trump honored Navajos in front of his portrait“, The Washington Post, 28. November 2017, <https://www.washingtonpost.com/news/retropolis/wp/2017/11/28/andrew-jackson-was-called-indian-killer-trump-honored-navajos-in-front-of-his-portrait> (letzter Abruf 26.04.21).

⁷ Stadt Frankfurt am Main, Leitfaden zur Straßenbenennung, Januar 2017, <https://frankfurt.de/themen/planen-bauen-und-wohnen/planen/strassenbenennung/strassenbenennung-in-frankfurt-am-main>; Stadt Ulm, Ablauf und Kriterien bei der Benennung von Straßennamen (nach Persönlichkeiten), <https://www.ulm.de/leben-in-ulm/bauen-und-wohnen/rund-ums-wohnen/ulmsstrassen/strassenbenennungen/vorgehenstrassenbenennung> (letzter Abruf 26.04.21).

⁸ Gutachten des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte, S. 3.

Städtetag hält in seiner Handreichung vom März 2021 Straßenumbenennungen grundsätzlich für möglich, „wenn sich ein verändertes Geschichtsbild oder neue Erkenntnisse hinsichtlich historischer Personen, Ereignisse oder Orte ergeben hat.“⁹

Die Stadt Mannheim hat sich unter ihren Oberbürgermeistern seit den späten 1970er Jahren für Toleranz, Vielfalt und ein gedeihliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft eingesetzt. Als eine der ersten Städte in Deutschland richtete sie das Amt eines „Beauftragten für ausländische Einwohner“ ein und bemühte sich um die Mitwirkung ausländischer Mitbürger in sogenannten „Ausländerbeiräten“ und „Ausländerausschüssen“. Als sich 1980 vor dem Hintergrund der damaligen Asyldebatte eine zunehmend ausländerfeindliche Stimmung in der Bundesrepublik ausbreitete und auch in Mannheim rassistische Parolen auf Hauswände geschmiert wurden, wandte sich der damalige OB Ludwig Ratzel mit einem Aufruf gegen Fremdenhass und für Toleranz an die Bevölkerung der Stadt.¹⁰ Auch in den folgenden Jahren hielten die Mannheimer Stadtoberhäupter an dieser Linie fest. So geht die bekannte „Mannheimer Erklärung“ auf die Ära Widder zurück und wurde seither unter dem jetzigen OB 2009 und 2015 aktualisiert.¹¹ Sie spricht in ihrer aktuellen Fassung vom „Geist der Offenheit und der Verständigung“ und positioniert sich gegen historische vergangene, aber auch aktuelle „Auswüchse gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“.¹²

Auch bekennt sich Mannheim im „Leitbild 2030“ zur Zukunftsvision einer Stadt, in der „kein Mensch aufgrund der sozialen oder ethnischen Herkunft, der Hautfarbe, des biologischen und sozialen Geschlechts, der geistigen, psychischen oder körperlichen Fähigkeiten, des Alters, der sexuellen oder geschlechtlichen Identität, des Geschlechtsausdrucks oder der vielfältigen Geschlechtsmerkmale, der Religion oder Weltanschauung herabgewürdigt oder diskriminiert“ werde

⁹ Deutscher Städtetag, Straßennamen im Fokus einer veränderten Wertediskussion. Handreichung des Deutschen Städtetages zur Aufstellung eines Kriterienkataloges zur Straßenbenennung (März 2021).

¹⁰ Beauftragter für ausländische Einwohner, 22. September 1980, in: MARCHIVUM, Zg. 34/2003, Nr. 39, vgl. auch Maria Alexopoulou, Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Stuttgart 2020, S. 185f.

¹¹ Die ursprüngliche Erklärung von 1989 in: MARCHIVUM S2/40, Nr. 41, 12. Oktober 1989, Erstunterzeichner war der damalige OB Gerhard Widder, Hintergrund der starke Anstieg fremdenfeindlicher Kriminalität und rechtsradikaler Gewalt in den späten 1980er Jahren, noch vor der deutsch-deutschen Wiedervereinigung.

¹² Die jetzige Erklärung, die in ihrem Kern auf die Überarbeitung von 2009 zurückgeht, hier: <https://www.mannheim.de/de/service-bieten/integration-migration/mannheimer-buendnis-fuer-ein-zusammenleben-in-vielfalt/mannheimer-erklaerung-fuer-ein-zusammenleben-in-vielfalt>.

und fordert hierbei „Achtsamkeit, gegenseitige Ermutigung und Mitwirkung“.¹³ Zu einer derartig vom pluralen Zusammenhalt geprägten Stadtgesellschaft ist eine radikale Negation von Gleichwertigkeit, für die Jacksons „Indianerpolitik“ stand und in der Erinnerung auch steht, problematisch. Jacksons Agieren ähnelt der kolonialen Gewalt wie sie beispielsweise Theodor Leutwein als Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika zu verantworten hatte. Dieser vertrat, wie Jackson, Ideen paternalistischer Fürsorge für die „Eingeborenen“, zwang diese in ungerechte und einseitige Verträge, doch zog prinzipiell wirtschaftlichen Druck und „Diplomatie“ einer Politik der „Härte und Gewalt“ vor, auch wenn am Ende seine „begrenzte Kriegsführung“ mit der Vernichtung ganzer Völker einherging.¹⁴

Vor dem Hintergrund dieser normativen Selbstverpflichtung der Mannheimer Stadtgesellschaft auf Vielfalt und einer inzwischen beachtlichen Tradition der Befürwortung von Offenheit, Toleranz, Antidiskriminierung sowie wechselseitiger Achtsamkeit, wie sie seit den 1980er Jahren sukzessive erarbeitet wurde, legt ein verändertes Geschichtsbild eine erinnerungskulturelle Verantwortung auch in Zusammenhängen nahe, die nicht dem historisch von Deutschen und dem deutschen Staat begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuzuordnen sind. Rassismus, Gewalt, Annexion und Genozid sind keine Eigentümlichkeit der deutschen Geschichte. Da die Bevölkerung Mannheims in den letzten 30 Jahren internationaler und diverser geworden ist, legt das Mannheimer Leitbild die Übernahme einer entsprechenden Verantwortung auch im Bereich der „ererbten Straßennamen“ in den ehemaligen US-Wohngebieten nahe. Hierfür spräche auch als weiteres Kriterium, dass es innerhalb des im Taufbezirk verfolgten Konzepts Alternativen gäbe. Ein positives Signal könnte die Würdigung eines anderen US-Präsidenten senden, der aufs Engste mit dem Sieg der Demokratie im Zweiten Weltkrieg und der Befreiung vom Nationalsozialismus verbunden ist, nämlich Franklin D. Roosevelt (1882-1945).

¹³ Leitbild Mannheim 2030, https://www.mannheim.de/sites/default/files/2019-03/Leitbild%20Mannheim%202030_%2013.03.2019_Deutsch_WebFile.pdf.

¹⁴ Zum „System Leutwein“ vgl. Matthias Häussler, Der Genozid an den Herero. Krieg, Emotion und extreme Gewalt in „Deutsch-Südwestafrika“, Weilerswist 2018, S. 90-104.

Zur Biographie von Andrew Jackson

Andrew Jackson (1767-1845) war der 7. Präsident der USA. Er hatte als Soldat am Revolutionskrieg gegen die britische Kolonialmacht teilgenommen und als Rechtsanwalt ein erstes Vermögen durch Landspekulation in damals kurz vor der Freigabe für europäische Besiedelung stehenden Gebieten des heutigen Tennessee gemacht. Er war der erste Abgeordnete Tennessees im US-Repräsentantenhaus sowie später Senator. Im Kontext der Ausweitung des Baumwollanbaus in den 1800er Jahren erwarb er ein substantielles Landgut, auf dem bis zu 150 Sklaven (Männer, Frauen und Kinder) beschäftigt waren. Flüchtige Sklaven ließ er durch professionelle Jäger suchen und versprach, in einem für die Zeit ungewöhnlichen Schritt, dem potentiellen Sklavenfänger 10 Dollar Extrabelohnung pro 100 Stockschläge.¹⁵ Dass Jackson Sklaven und Sklavinnen besaß, war unter den besitzenden Klassen des Südens der USA Normalität, da ein profitabler Baumwollanbau nur so für möglich galt. Als Sklavenhalter war Jackson ein typischer Vertreter der Südstaatenelite, zu der ja auch Washington, Jefferson und Monroe gehörten.¹⁶

Zu einem wichtigen Akteur in der US-Politik des frühen 19. Jahrhunderts wurde Jackson jedoch aufgrund seiner führenden Beteiligung an verschiedenen „Indianerkriegen“ (Indian Wars), wie man die militärischen Kampagnen gegen die Ureinwohner nannte. Während des „Kriegs von 1812“, dem sogenannten zweiten Unabhängigkeitskrieg der USA gegen das Britische Empire, befehligte Jackson eine Einheit, die ein Massaker unter Mitgliedern der mit den Briten verbündeten Nation der Creek verübte.¹⁷ Seine Siege über die Creek sowie der über die britischen Streitkräfte in der Schlacht von New Orleans (1815) verhalfen ihm zu nationalem und internationalem Ruhm. Im ersten Seminolenkrieg (1816-1818) in Florida erwies er sich als ein außerordentlicher geschickter, aber brutaler Militärführer, der auch Kinder und Frauen nicht verschonte. Hierbei widersetzte er sich den Befehlen von Präsident Monroe, der internationale Verwicklungen fürchtete,

¹⁵ „Ten dollars extra, for every hundred lashes any person will give him, to the amount of three hundred“, Reproduktion der Anzeige auf Wikipedia: https://en.wikipedia.org/wiki/Andrew_Jackson#/media/File:AndrewJackson-RewardNotice-EscapedSlave-1804.png; ungewöhnlich deshalb, weil Stockschläge ja das „Eigentum“, den Sklaven, beschädigten.

¹⁶ Vgl. Jill Lepore, *Diese Wahrheiten. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, München 2018.

¹⁷ Jackson nannte, in zeittypischer Wortwahl die Creek „inhumane blutdürstige Barbaren“. Seine Forderung nach Truppenverstärkung und Waffen begründete er wie folgt: “With such arms and supplies as I can obtain I shall penetrate the creek Towns, untill the Captive, with her Captors are delivered up, and think myself Justifiable, in laying waste their villiages, burning their houses, killing their warriors and leading into Captivity their wives and children, untill I do obtain a surrender of the Captive, and the Captors”, Zitate bei Francis P. Prucha, *Andrew Jackson's Indian Policy: A Reassessment*, in: *The Journal of American History* Bd. 56 (1969), S 527-539, hier: S. 529.

da Florida offiziell zum Spanischen Imperium gehörte und erst 1821 von den USA erworben werden konnte.¹⁸

Anders als Washington, Jefferson und Monroe war Jackson nicht in die tonangebende Elite hineingeboren worden, sondern hatte sich seinen Aufstieg erarbeitet. Er steht daher für die relative Offenheit der amerikanischen Gesellschaft im frühen 19. Jahrhundert und war ein klassischer *Self-Made Man*, der die volatile Situation an der amerikanischen Grenze zum sozialen Aufstieg nutzte, und dem hierbei auch sein Nimbus als Indianerkrieger und „Sieger von New Orleans“ zu Hilfe kam. In der damaligen Politik der USA, in der in den 1830er Jahren das Wahlrecht sukzessive auf immer weitere Kreise weißer Männer ausgedehnt wurde, drehten sich die meisten politischen Kontroversen um Fragen von „Rasse“, Migration und gesellschaftliche Heterogenität. Die wichtigste politische Scheidelinie war einerseits, in den Jahrzehnten vor dem Bürgerkrieg, das Verhältnis zur Sklaverei und andererseits das Verhältnis zu den Ureinwohnern: Politische Fraktionen und Parteiungen fanden sich überwiegend über Präferenzen in diesen Fragen zusammen.¹⁹

Jackson stand für eine antiassimilatorische Politik der Umsiedlung und Verdrängung der Indianer, die er paternalistisch mit „Fürsorge“ für die Urbevölkerung als Schutzbefohlene der Regierung in Washington begründete.²⁰ Er vertrat wirtschaftliche Interessen, die auf Landbesitz in den westlichen Landesteilen der Küstenstaaten wie Georgia und South Carolina sowie in Alabama und Tennessee zielten. Da die Indianer unter der Verfassung der USA von 1787 Souveränität auf ihren Territorien genossen, waren letztere der Besiedlung durch Weiße entzogen. Auch hatten sich indigene Nationen sowohl im Revolutionskrieg als auch im Krieg von 1812 auf die Seite der Briten gestellt, mit freien Schwarzen Handel getrieben und gelegentlich entflohenen Sklaven Unterschlupf geboten. Einige dieser Völker, insbesondere die Nation der Cherokee im westlichen

¹⁸ Vgl. Daniel Walker Howe, *What Hath God Wrought. The Transformation of America, 1815-1848*, Oxford 2007, S. 100-107.

¹⁹ So zeigen statistische Analysen des Abstimmungsverhaltens im Kongress, dass Präferenzen in der Indianerpolitik und frühe Parteiaffiliation zusammenfielen, vgl. Fred S. Rolater, *The American Indian and the Origin of the Second American Party System*, *Wisconsin Magazine of History* 76 (1993), S. 180-201.

²⁰ So begründete er in seiner ersten Jahresbotschaft an den Kongress als Präsident die Umsiedlung der Indianer in ein eigenes Territorium westlich des Mississippi damit, dass auf diese Weise diese „vielfach verfolgte Rasse“ („much-injured race“) nur so erhalten bleiben und vor der Assimilation bewahrt werden könne und seine Politik daher ein Zeugnis der „Humanität und Gerechtigkeit“ der US-Regierung sein werde, vgl. Andrew Jackson, *First Annual Message to Congress*, 8. Dezember 1829, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/first-annual-message-3> (letzter Abruf 26.02.21).

Georgia, waren seit langer Zeit sesshaft. Sie trieben Landwirtschaft und hatten seit dem 18. Jahrhundert europäische Techniken übernommen. Ihre Elite war überwiegend zum Christentum konvertiert, hatte teilweise euroamerikanische Frauen geheiratet. Einige waren sehr erfolgreiche Kaufleute und Farmer und besaßen Sklaven. Die Cherokee hatte eine eigene Schriftsprache entwickelt. Ihre zivilisatorischen Leistungen und ihre „Verwestlichung“ wurden auch in Verträgen seitens der US-Regierung anerkannt.²¹

Damit war jedoch aus Sicht Jacksons und anderer Landspekulanten das von den Cherokee besiedelte, fruchtbare, für den Baumwollanbau bestens geeignete Territorium weißer Siedlungstätigkeit entzogen. Zugleich waren sie als souveräne, wenn auch abhängige Nationen der Jurisdiktion der Einzelstaaten nicht unterworfen, wogegen Georgia sich wehrte. Nachdem Jackson im November 1828 zum Präsidenten gewählt worden war, nicht zuletzt mit den Stimmen landhungriger Siedler, setzte sich die Regierung von Georgia über die bestehenden Verträge hinweg und begann das Land der Cherokee zu okkupieren und zu enteignen. Gleichzeitig machte Jackson „Indian Removal“ zur höchsten Priorität seiner Administration. Er hielt Verträge mit den indianischen Nationen für eine „Absurdität“ und ihre Assimilation für unmöglich. In seiner ersten Kongressbotschaft als Präsident machte er deutlich, dass er sich nicht an die verfassungsmäßige Pflicht gebunden fühlte, den Schutz der Indianer sicherzustellen. Sie sollten entweder in Land jenseits des Mississippi auswandern oder sich den Gesetzen der Einzelstaaten unterwerfen. Im Falle von Georgia hätte dies bedeutet, dass sie vollkommen rechtlos geworden wären.²²

Der Indian Removal Act (1830)

Schon seit 1804 hatte die US-Regierung einzelne Stämme bei deren Umsiedlung in Gebiete westlich des Mississippi unterstützt. Durch die Expansion des Baumwollanbaus wurde das Land im Alten Süden im Viereck zwischen Georgia, Alabama, Tennessee und South Carolina sehr wert-

²¹ Vgl. Francis J. Jennings, *The Founders of America. From the Earliest Migrations to the Present*, New York 1993, S. 332; Jill Lepore, *Diese Wahrheiten*, S. 270f.; Bungert, *Die Indianer*, S. 108; zur Sklaverei in den Indianerterritorien vgl. Christina Snyder, *Slavery in Indian Country. The Changing Face of Captivity in Early America*, Cambridge, Mass. 2010-

²² Hierzu die *First Annual Message* (wie Fußnote 20); zu den rechtlichen Folgen der Unterwerfung der Indianer unter die Gesetze von Georgia vgl. Howe, *What Hath God Wrought*, S. 348.

voll. Verschiedene Versuche scheiterten, die Mehrheit der prosperierenden Cherokee zur freiwilligen Umsiedlung zu bewegen. Nur wenige verließen ihr Land. 1827 gaben sich die Cherokee eine eigene, republikanische Verfassung und erklärten sich zu einer unabhängigen Nation innerhalb des Territoriums von Georgia. Das stand im Konflikt zur US-Verfassung, die Gründungen neuer Staaten auf dem Territorium bestehender Einzelstaaten untersagte bzw. von der Zustimmung einzelstaatlicher Parlamente abhängig machte.²³ Obwohl sich die „zivilisierten“ Cherokee wie auch Teile der Creek, Choctaw, Chickasaw und Seminolen der euroamerikanischen Lebensart angenähert hatten, war es für die politische Führung der USA (wie auch von Georgia) unvorstellbar, dass sie sich zwar assimilieren würden, aber zugleich als unabhängige Nationen auf dem Territorium der USA konstituierten. Dies hätte die Einheit der Nation massiv gefährdet.²⁴

Für Jackson, der als erster „Westerner“ überhaupt zum Präsidenten gewählt worden war (bis dahin stammten die Präsidenten entweder aus Virginia oder Massachusetts), war es unvorstellbar, dass die Bundesregierung die Cherokee wie eine unabhängige und souveräne Nation würde behandeln können. Er gab Georgia indirekt grünes Licht zur Besetzung des Cherokee-Territoriums und legte gleichzeitig einen Gesetzesentwurf für einen „Indian Removal“ vor.²⁵ Die Cherokee wiederum mobilisierten ihre Alliierten im Kongress. Junge christianisierte Cherokee warben vor allem in Neuengland bei Kirchen und religiösen Gemeinschaften um Unterstützung. Sie luden Missionare nach Georgia ein, um auf ihre zivilisatorischen Erfolge aufmerksam zu machen.²⁶ Auch wandten sich die Cherokee an den Obersten Gerichtshof. Dieser stellte 1831 zunächst fest, dass diese durchaus in der Lage wären, sich selbst zu regieren, jedoch keine Ausländer seien, sondern eine „domestic dependent nation“ („einheimische, abhängige Nation“). In einer zweiten Klage im Verfahren „Worcester v. Georgia“ (1832) urteilte der Gerichtshof unter Chief Justice

²³ Insofern hatte der Staat von Georgia ein valides juristisches Argument, weigerte sich aber gleichzeitig, im Gegenzug den Cherokee die Bürgerrechte zuzuerkennen, vgl. Bungert, Indianer, S. 112; Text der Verfassung der Cherokee Nation abgedruckt im Cherokee Phoenix, der zweisprachigen Zeitung der Cherokee, 28. Februar 1828, digital verfügbar unter <https://www.wcu.edu/library/DigitalCollections/CherokeePhoenix/Vol1/no01/constitution-of-the-chokeee-nation-page-1-column-2a-page-2-column-3a.html> (letzter Abruf 30.04.21)

²⁴ Robert V. Hine/John M. Farragher, The American West. A New Interpretive History, New Haven 2000, S. 174f.

²⁵ Indian Removal Act, 28. März 1830, Text sowie weitere Materialien unter Library of Congress <https://guides.loc.gov/indian-removal-act> (letzter Abruf 26.04.21).

²⁶ „Cherokee Editor Elias Boudinot Opposes Removal“, 1828, in: Albert L. Hurtado/Peter Iverson (Hg.), Major Problems in American Indian History, Lexington 1994, S. 210.

John Marshall, dass die Cherokee durch die Bundesverfassung innerhalb ihres eigenen Territoriums vor einer Besetzung und Beschlagnahmung durch Georgia geschützt seien.²⁷

Jackson weigerte sich jedoch, das Urteil des Obersten Gerichtshof durchzusetzen und bezog sich hierbei auf die die Souveränität der Einzelstaaten stützende Verfassungsdoktrin („States‘ Rights“-Doktrin, die auch für die Legitimierung der Sklaverei zentral war und 1861 den Bürgerkrieg mit verursachte). Jacksons Position lag durchaus nicht außerhalb des damaligen Rechtsverständnisses, zumal das Verhältnis von Bund und Einzelstaaten längst nicht ausdiskutiert war. Jackson legte sich jedoch auch aus politischem Opportunismus darauf fest, dass der Oberste Gerichtshof im Fall der Cherokee seine Kompetenzen überschritten hatte. Angeblich soll er gesagt haben: „John Marshall hat seine Entscheidung getroffen. Jetzt soll er sehen, wie er sie durchsetzt“.²⁸ In- des konnte Jackson in anderen Zusammenhängen durchaus eine bundesfreundliche Haltung einnehmen, wie in der kurz darauf folgenden Debatte über die Einzelstaaten bindende Wirkung von Zollgesetzen („nullification crisis“). Aus diesem Anlass erklärte er die Doktrin radikaler Südstaatler, die USA stellten ein bloßes Bündnis von Einzelstaaten dar, für null und nichtig.²⁹

Für die heutige Bewertung von Jacksons „Indianerpolitik“ ist relevant, dass diese schon zeitgenössisch hochumstritten war und von Teilen der damaligen US-Gesellschaft als unmoralisch gebrandmarkt wurde: Die „zivilisierten Nationen“ fanden Unterstützung bei protestantischen Geistlichen und Missionaren sowie besonders bei Frauengruppen, die als Verteidigerinnen von Moral, Anstand und Familienwerten die Vertreibung und Entrechtung der Indigenen als Anschlag auf christliche Wertvorstellungen attackierten.³⁰ Die eine breite öffentliche Mobilisierung gegen den „Removal“ fand zahlreiche Anhänger im Kongress (u.a. bei Senator Theodore Freylinghusen aus New Jersey, als einem der wichtigsten Fürsprecher der Cherokee³¹). Die Bewegung setzte in ihrem humanitären Anliegen einen Präzedenzfall für den späteren Anti-Sklaverei-Kampf. Anders

²⁷ Einen guten Einstieg in die komplexen juristischen Zusammenhänge bietet die englischsprachige Wikipedia-Seite, https://en.wikipedia.org/wiki/Worcester_v._Georgia (letzter Abruf 30.04.21); siehe auch Bungert, Indianer, S. 113f.

²⁸ Lepore, Diese Wahrheiten, S. 274; das Zitat ist apokryph und nicht direkt belegt.

²⁹ Ebd., S. 277; vgl. auch Steve Inskeep, Jacksonland. President Jackson, Cherokee Chief John Ross, and a Great American Land Grab, New York 2015.

³⁰ Vgl. Mary Hershberger, Mobilizing Women, Anticipating Abolition: The Struggle Against Indian Removal in the 1830s”, Journal of American History 86 (1999), S. 15-40.

³¹ Transkript der Rede von Senator Freylinghusen vom 9. April 1830 auf <http://www.untahbasintah.org/papers/removalsenfrelinghuysen.pdf> (letzter Abruf 30.04.21)

als in den Zeiten der Gründung der Republik, als die Vertreibung von Indianern noch kaum Widerspruch hervorgerufen hatte, wurde von der werdenden Zivilgesellschaft der 1830er Jahre der „Indian Removal“ als menschenunwürdig heftig kritisiert. Eine starke Protestbewegung war die Folge, eine der frühesten, größeren Protestbewegungen der USA.³²

Auch international wurde die Politik des „Removal“ kritisiert. Einer der bekanntesten Beobachter der frühen USA, der französische Graf Alexis de Tocqueville, wurde während einer Reise in den Süden der USA im Winter 1831/32 zum Zeugen der als „Trail of Tears“ in die Geschichte eingegangenen Umsiedlungsmärsche nach Westen und schildert diese in seinem weltberühmten Buch *Über die Demokratie in den Vereinigten Staaten* (1835/40) in bewegenden Worten wie folgt:

„Man kann sich die schrecklichen Leiden nicht vorstellen, welche solche erzwungene Auswanderungen zur Folge haben. Im Augenblicke, wo die Indianer ihre alte Heimath verlassen, sind sie schon dem Elend preisgegeben. Die Gegend, von der sie künftig Besitz ergreifen wollen, ist bereits von Völkern besetzt, welchen die Neuangekommenen lästig sind. Hinter ihnen wüthet der Hunger, und vor ihnen der Krieg und allenthalben Elend. [...] Am Schlusse des Jahres 1831 befand ich mich am linken Ufer des Mississippi zu Memphis. Während meines dortigen Aufenthalts kam dahin ein zahlreicher Trupp von Chactas, [...] und wollten nach dem rechten Ufer des Mississippi übergehen [...]. Es war damals in der stärksten Winterkälte, und der Frost von ungewöhnlicher Heftigkeit. Der Schnee war hart gefroren, und der Fluß voll Treibeis. Die Indianer führten ihre Familien mit sich, mit Verwundeten, Kranken, neugeborenen Kindern, und Greisen, welche zu sterben im Begriff waren. Sie hatten weder Gezelte, noch Wagen, sondern nur etwas Lebensmittel und Waffen.“³³

Das zentrale Ziel von Jackson und seinen demokratisch mobilisierten, kämpferischen Anhängern war die Ausdehnung weißer Suprematie über den gesamten nordamerikanischen Kontinent. Das schloss die Vertreibung der Indianer und die Ausdehnung der Sklaverei selbstverständlich mit ein. Jackson selbst legt es intentional nicht auf einen Genozid an, sondern verstand seine Politik als humanitär, im Interesse der indigenen Population, damit sie „frei von den geldgierigen Einflüssen der Weißen, und ungestört von der lokalen Regierung der Einzelstaaten“ in den Gebieten jenseits des Mississippi sich selbst bestimmen könnten.³⁴ Daher war dies im damaligen Kontext keine radikale Position. Indes beruhte Jacksons wohlwollender Paternalismus auf der Vorstellung, dass die „indianischen Brüder“, sofern sie in der Nähe von Europäern lebten, dem Untergang geweiht wären. Auch verschärfte die Regierung Jackson die Lage, weil sie keine adäquaten

³² Howe, *What God Hath Wrought*, S. 348-352.

³³ Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Nordamerika*, übersetzt von Friedrich August Rüger, 2 Bde., Leipzig 1836, Bd. 2, S. 201f., digital: <https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb10254217?page=,1>.

³⁴ Zit. nach Sean Wilentz, *The Rise of American Democracy. Jefferson to Lincoln*, New York 2005, S. 324.

Finanzmittel zur Umsiedlung bereitstellte. Ohne Schutz, ordentliche Kleidung und Nahrung kamen etwa 2.000 Cherokee (jeder vierte) auf dem ersten der sogenannten „Tränenmärsche“ zu Tode. Weitere Tausende sowie zahlreiche ihrer Sklaven, die ebenfalls mitumgesiedelt wurden, starben auf den folgenden Treks. Dieses humanitäre Desaster hatten Kritiker vorhergesagt.³⁵

Jacksons „Indian Removal Act“ von 1830 war eine wichtige Wegmarke im Kontext der systematischen Verdrängung der nordamerikanischen Ureinwohner in Reservate. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden so gut wie alle indianischen Nationen in marginale Ländereien gezwungen. In der kulturellen Erinnerung der USA ist Jackson daher heute weniger mit der Gründung der Demokratischen Partei und der Fundamentaldemokratisierung der 1830er Jahre verbunden als mit der Vertreibung und Marginalisierung der Indianer. So unterhält der National Park Service der USA einen dem „Trail of Tears“ gewidmeten „National Historic Trail“, unter der Überschrift: „A Journey of Injustice“.³⁶ Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk der USA (PBS) nennt unter der Überschrift „Indian Removal“ Johnson einen „energischen Anhänger“ der Umsiedlungspolitik.³⁷ Ein wichtiger symbolischer Schritt war die Entscheidung des US-Finanzministeriums 2016, auf den 20-Dollar-Noten das Jackson-Porträt durch eines der afroamerikanischen Abolitionistin Harriet Tubman zu ersetzen.³⁸

Begründung der Empfehlung

Vor diesem historischen wie auch aktuellen Hintergrund der US-Erinnerungspolitik empfehle ich eine Umbenennung der Andrew-Jackson-Straße. Diese Umbenennung wird durch die Entsch-

³⁵ Die Zahlen sind umstritten, etwa 50-60.000 Mitglieder der „fünf zivilisierten Nationen“ wurden nach Oklahoma umgesiedelt, zwischen 8.000 und 17.000 starben, zum Teil an Krankheiten nach der Umsiedlung, die schlimmsten „Todesmärsche“ ereigneten sich erst 1838, d.h. kurz nach dem Ende von Jacksons Präsidentschaft, vgl. Russell Thornton, *The Demography of the Trail of Tears Period: A New Estimate of Cherokee Population Losses*, in: William L. Anderson (Hg.), *Cherokee Removal: Before and After*, Athens 1991, S. 75–93.

³⁶ National Park Service, *Trail of Tears*, <https://www.nps.gov/trte/index.htm> (letzter Abruf 26.04.21).

³⁷ „Indian Removal“ <https://www.pbs.org/wgbh/aia/part4/4p2959.html> (letzter Abruf 26.04.21).

³⁸ „Harriet Tubman Ousts Andrew Jackson in Change for a \$20“, *New York Times*, 20. April 2016, https://www.nytimes.com/2016/04/21/us/women-currency-treasury-harriet-tubman.html?_r=0 (letzter Abruf 26.04.21); diese Entscheidung wurde von Präsident Trump widerrufen, wurde jedoch von Präsident Biden bekräftigt und wird nach aktuellen Berichten auch umgesetzt, vgl. den Bericht auf MSNBC am 25. Januar 2021 www.cnbc.com/2021/01/25/harriet-tubman-20-bill-biden-revives-push-after-trump-shelved-it.html (letzter Abruf 30.04.21).

derung der US-Regierung zur Entfernung von Jacksons Bild von der 20-Dollar-Note inneramerikanisch gestützt, aber sie ist konsequent auch im Sinne der deutschen Erinnerungskultur wie im Fall der deutschen „Kolonialpioniere“. Jacksons Handlungen entstammten der gleichen, fundamental rassistischen Haltung gegenüber „rassisch Anderen“, die der Gouverneur Leutwein gegenüber den Herero und Nama an den Tag legte. Auch Jackson steht für Vorstellungen weißer Suprematie und Kolonialismus. Entlang der oben definierten Kriterien lässt sich die Empfehlung daher wie folgt begründen:

Verändertes Geschichtsbild: Entsprechend der Handreichung des Deutschen Städtetags sind Umbenennungen grundsätzlich möglich, „wenn sich ein verändertes Geschichtsbild“ ergeben hat. Wir wissen nicht, was genau die amerikanische Besatzungsmacht motivierte, eine Straße nach Jackson zu benennen. Als Begründer einer der ältesten politischen Parteien der Welt, der heutigen Demokratischen Partei der USA, wurde er wohl parallel zu Lincoln, dem „Vater“ der Republikanischen Partei, geehrt. Außerdem war Jackson als der „Sieger von New Orleans“ ein historischer Kriegsheld und bedeutender General, und daher für das US-Militär traditionsprägend. Als Präsident stand er für die Fundamentaldemokratisierung der USA in den 1830er Jahren.

Nach heutigen Maßstäben überschattet jedoch sein Einsatz für den „Indian Removal“ seine positiven Verdienste für die Demokratie, weshalb die USA sein Porträt von der 20-Dollar-Note zurückziehen. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass sich Präsident Trump explizit mit Jackson identifizierte und dessen Porträt an zentraler Stelle im „Oval Office“ aufhängen ließ. Trump stoppte das Neudesign der 20-Dollar-Note. Trump begründete dies mit seiner Ablehnung von „political correctness“. Die Biden-Administration setzt die Pläne jedoch nun um. Auch daher ist Jackson heute Symbol inneramerikanischer Kulturkriege. Trump bediente mit seiner Identifikation mit Jackson den Rassismus seiner Anhänger und ein gezielt revisionistisches Geschichtsbild, das sich die Stadt Mannheim wohl eher nicht zu eigen machen sollte.

Zusammenleben in Vielfalt: Mit ihrer „Mannheimer Erklärung“ hat sich die Mannheimer Stadtgesellschaft für einen Zusammenleben in Vielfalt, für Toleranz, unterschiedliche Lebensentwürfe und den „Geist der Offenheit“ ausgesprochen und setzt sich dafür aktiv ein. Es wäre ahistorisch und naiv, von Jackson als einem Mann des frühen 19. Jahrhunderts eine vergleichbare Toleranz und Würdigung von Vielfalt im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkünfte zu

erwarten, wie wir uns das heute, völlig zu Recht, zur Norm machen. Indes war Jacksons Haltung in seiner Zeit nicht konsensual. Die Nicht-Durchsetzung des Urteils des Obersten Gerichtshofs im Fall „Worcester v. Georgia“ bleibt ein Makel, zumal Jackson, wie oben dargestellt, an anderer Stelle auch durchaus unionsfreundlich agieren konnte.

Jackson stand eindeutig *gegen* Vielfalt und *für* eine Politik der Rassentrennung und der Absonderung der amerikanischen Indianer in Reservaten und sprach sich somit gegen die Koexistenz verschiedener Kulturen und Menschen unterschiedlicher Herkünfte aus. „Indian Removal“ war zweifelsfrei populär. Er agierte insofern als demokratisch gewählter Politiker, der die Erwartungen seiner weißen männlichen Wähler erfüllte. Schon zeitgenössisch wurde von den Cherokee und ihren euroamerikanischen Verbündeten im Kongress und der US-Öffentlichkeit kritisiert, dass die Befürworter der Umsiedlung einerseits von Habgier angetrieben würden und andererseits die Politik der Vertreibung „zivilisierter Indianer“ ein humanitärer Skandal sei und gegen christliche Werte verstoße. Eine Umbenennung ließe sich auch mittels zeitgenössischer Argumente rechtfertigen.

Gegen Auswüchse gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Sowohl in der Mannheimer Erklärung als auch im Leitbild 2030 positioniert sich die Stadt Mannheim und die Mannheimer Politik gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Jackson war nicht zwingend der „Indianerhasser“ als der er im Rückblick oft gezeichnet worden ist, zumal er, da er kinderlos blieb, einen indigenen Waisenjungen und ein indigenes Waisenmädchen adoptiert hatte.³⁹ In seinem Selbstverständnis war er ein Paternalist, ein „guter Vater“ gegenüber den „unzivilisierten Wilden“, die für ihn „wie Kinder“ waren, deren „bestes Interesse“ er im Auge hatte und von denen er Gewalt (durch Euroamerikaner) und Schaden abwenden wollte.

Im Endeffekt passierte das genaue Gegenteil. Die Folgen der Vertreibung waren katastrophal, in der Tendenz genozidal und definitiv Ausdruck „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Sie führten zum Tod zahlreicher Menschen. Die Verhältnisse in den auf marginalen Böden geschaffenen, überbevölkerten Reservaten waren hochproblematisch. Die Traumatisierung der Vertriebenen saß tief und es dauerte Jahrzehnte, bis sich die Cherokee von diesem Schlag erholt hatten.

³⁹ Vgl. H.W. Brands, Andrew Jackson. His Life and Times, New York 2005, S. 208.

Auch leisteten Jacksons Maßnahmen denjenigen Vorschub, die Indianer rassistisch herabwürdigten und verfolgten, sie aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer nichtweißen Gruppierung diskriminierten, ihnen gleiche Rechte verweigerten, ihr Eigentum wegnahm, sie mit Gewalt von ihren Ländereien vertrieb und ihren potentiellen Tod in Kauf nahm.

Jackson teilte diese Ziele im abstrakten Sinne nicht, aber beförderte sie durch das wichtigste Gesetzesvorhaben seiner ersten Amtszeit, den Indian Removal Act (1830). Auch war er durch die finanzielle Unterausstattung des Umsiedlungsprogramms für den Tod von Tausenden politisch verantwortlich, auch wenn die Ausführung bei der völlig überforderten Armee lag. Er trug somit die politische Verantwortung für eine Politik gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und ist insofern auch persönlich belastet durch die Vertreibung, Entrechtung und Tötung nordamerikanischer Ureinwohner in den 1830er Jahren.

Nachteile einer Umbenennung: Jede Umbenennung reißt eine Lücke, abgesehen davon, dass sie den betroffenen Anwohnern und Anwohnerinnen Kosten aufbürdet. Jackson war ein früher Demokrat und ist als solcher „erinnerungswürdig“ (wenn auch nicht notwendig „ehrerungswürdig“). Seine Persönlichkeit erinnert uns daran, dass die frühe Demokratie der USA, vielleicht nicht inhärent rassistisch war, wie gelegentlich argumentiert wird. Aber doch war die frühe Demokratie einer wachsenden Anzahl wahlberechtigter weißer Männer eben eine, die sehr stark auf den Ausschluss nicht-weißer Bevölkerungen wie auch der Frauen vom Wahlrecht setzte. Demokratie und „Gleichberechtigung für alle“ stellten in den 1830er Jahren noch keine Einheit dar. Diese kritische Einsicht lässt sich beim Studium von Jacksons Politik vermitteln und ausdeuten und eine Straße, die nach ihm benannt ist, erinnert uns an die aus heutiger Sicht defizitären Anfänge der westlichen Demokratie. Dies aber kann sicher nicht der primäre Grund einer Würdigung durch eine Straßenbenennung sein.

Mannheim, den 30. April 2021

Prof. Dr. Philipp Gassert